



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten  
für Pforzheim und den Enzkreis

## Atomausstieg mit Augenmaß

### Regierungserklärung der Kanzlerin zu den Unglücken in Japan

**Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Japan nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe und Solidarität Deutschlands zugesichert. Zugleich begründete sie im Bundestag die Verhängung eines dreimonatigen Atom-Moratoriums.**

Die Kanzlerin erklärte, dass der Atomunfall in Japan auch die Lage in Deutschland verändert habe. Denn dort sei etwas geschehen, was nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen bislang als unmöglich galt. Daher könne nun niemand einfach zur Tagesordnung zurückkehren. Das dreimonatige Atom-Moratorium solle dazu dienen, die Sicherheitslage in den deutschen AKW's unter dem Eindruck der japanischen Erfahrungen noch einmal grundlegend zu überprüfen. Die Kanzlerin wollte dabei bewusst nicht darüber spekulieren, wie nach dem Ende des Moratoriums vorgegangen wird. Denn dies könne seriöserweise erst entschieden werden, wenn die Ergebnisse der Überprüfung bekannt seien.

Zugleich betonte die Kanzlerin, dass für dieses Moratorium kein eigenständiges Gesetz notwendig sei, weil das geltende Aufsichtsrecht hierfür bereits eine Grundlage bietet. Durch das Moratorium wurde durch die Regierung auch kein Gesetz außer Kraft gesetzt, wie vielfach behauptet. Sondern es handelt sich um eine aufsichtsrechtliche Entschei-

dung zur Gefahrenabwehr angesichts einer ganz neuen Lage nach dem geltenden Atomgesetz.

In Deutschland gibt es unter allen Parteien einen Konsens, dass die Nutzung der Kernenergie in absehbarer Zeit beendet wird. Gestritten wird dabei jedoch um den genauen Zeitpunkt dieses Ausstiegs. Bundeskanzlerin Merkel verlangte in ihrer Regierungserklärung einen „Ausstieg mit Augenmaß“, denn ein sofortiges Abschalten aller deutschen Kernkraftwerke wäre mit dem Anspruch des Industriestandorts Deutschland, seine Energieversorgung zuverlässig eigenständig zu decken, nicht vereinbar. Es mache keinen Sinn, die Kraftwerke in Deutschland abzuschalten, um dann Atomstrom aus dem Ausland zu importieren. Daher müsse Deutschland jetzt noch mehr Anstrengungen unternehmen, das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller zu erreichen und Energie noch effizienter einzusetzen. Dabei sei u.a. der Bau neuer Stromleitungen unbedingt nötig, gegen die aber die Grünen überall im Land protestieren.

**Eines ist wichtig für die Auseinandersetzung vor der Landtagswahl: Würde weiterhin das rot-grüne Ausstiegsgesetz gelten, wäre zum heutigen Zeitpunkt allein das Kraftwerk in Neckarwestheim stillgelegt. Alle anderen deutschen AKW's wären weiterhin am Netz!**

## Flugverbot über Libyen vom Sicherheitsrat beschlossen

### Keine deutsche Beteiligung an Militärschlägen

In der letzten Nacht hat der UN-Sicherheitsrat eine Ausweitung und Verschärfung der Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime beschlossen. Teil der Resolution war auch die Verhängung einer Flugverbotszone und deren Durchsetzung mit militärischen Mitteln. Die Bundesregierung hat frühzeitig in Brüssel und bei der UN für stärkere Sanktionen geworben, damit kein frisches Geld in die Hände Gaddafis gelangen kann. Zugleich hat sie sich nach Abwägung aller außen- und sicherheitspolitischen Argumente gegen ein deutsches militä-

risches Eingreifen entschieden und sich daher bei der Abstimmung enthalten. Dies erläuterte Bundesaußenminister Westerwelle am Freitag in einer kurzfristig anberaumten Regierungserklärung im Bundestag. Die Haltung der Bundesregierung, nicht aktiv an Kriegshandlungen in Libyen teilzunehmen, stieß auf Zustimmung bei allen Fraktionen. Zugleich betonten alle Redner, wie wichtig es jetzt sei, die Sanktionen tatsächlich zu verschärfen und den Druck zu erhöhen.

### **Ausländerrecht verschärft**

Die christlich-liberale Koalition hat das Ausländerrecht in wichtigen Bereichen verändert. Damit soll u.a. der Schutz vor Zwangsehen verbessert werden. Künftig sind unfreiwillige Eheschließungen ein eigener Straftatbestand. Bislang konnten solche Fälle nur als schwere Nötigung geahndet werden. Zudem müssen die Behörden künftig nach einem Jahr prüfen, ob ein Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten seinen verpflichtenden Integrationskurs auch wirklich besucht hat. Solange er ihn nicht erfolgreich mit einer Sprachprüfung abschließt, wird die Aufenthaltsgenehmigung nur jeweils um ein Jahr verlängert. Dies ist eine wirksame Maßnahme gegen Integrationsverweigerer. Jugendliche erhalten künftig ein eigenes Bleiberecht, wenn sie mindestens sechs Jahre eine Schule in Deutschland besucht oder hier einen Schulabschluss erworben haben. Damit soll vermieden werden, dass gut integrierte Jugendliche in die ihnen oft fremde Heimat der Eltern abgeschoben werden. Um die Familien nicht auseinander zu reißen, erhalten auch die Angehörigen ein entsprechendes Bleiberecht.

### **Druck auf Steuerhinterzieher erhöht**

Die Koalition erhöht den Druck auf Steuerhinterzieher. Wer Steuern hinterzieht, kann sich künftig nicht mehr darauf verlassen, dass er mit der strafbefreienden Selbstanzeige noch bequem das rettende Ufer erreicht. Wer die strafbefreiende Selbstanzeige in Anspruch nehmen möchte, muss sich künftig frühzeitig und umfassend erklären. Wer Steuern in großem Stil hinterzogen hat, muss zudem noch einen extra Strafzuschlag bezahlen. Damit wird es Taktierereien mit der strafbefreienden Selbstanzeige nicht mehr geben. Künftig wird das Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige in drei Punkten verschärft: Ausschluss der Teilselbstanzeige, Verkürzung des Zeitraums für die Möglichkeit der Inanspruchnahme der strafbefreienden Selbstanzeige (Ausschluss der Selbstanzeige künftig schon bei Bekanntgabe der Prüfungsanordnung und nicht erst bei Erscheinen des Prüfers), Strafzuschlag von 5 Prozent auf die hinterzogenen Steuern, wenn mehr als 50.000 Euro hinterzogen wurden. Damit stellt die Koalition klar,

dass sich Steuerhinterziehungen nicht lohnen dürfen. Die Initiative für die Neuregelung ging von der Unionsfraktion nach den massenhaften Selbstanzeigen aus, die nach dem Auftauchen der Steuer-CD's abgegeben wurden.

### **Bundesregierung beschließt Eckwerte für Haushalt 2012 – erstmals neues Verfahren**

Die Bundesregierung hat in dieser Woche die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2012 beschlossen. Nach den Plänen sollen die Ausgaben des Bundes im Vergleich zu 2011 um 2 Mrd. Euro gesenkt werden! Auch in den Folgejahren werden die Ausgaben nur moderat steigen und unter dem Niveau von 2011 liegen. Damit spart die Koalition ganz bewusst in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 kommt erstmalig das im Koalitionsvertrag vereinbarte Top-down-Verfahren zum Einsatz. Anders als bisher bilden nicht die von den Ressorts angemeldeten Ausgabenwünsche den Ausgangspunkt, sondern eine Analyse der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Die Ausgaben folgen damit den langfristig zur Verfügung stehenden Einnahmen. Zwischen den einzelnen Politikfeldern und auch innerhalb der einzelnen Ressortetats sind klare Prioritäten zu setzen. Eine „Entschärfung“ möglicher politischer Konflikte durch zusätzliche Neuverschuldung ist nicht mehr möglich.

### **Koalition verbessert Krankenhaushygiene**

Noch immer ist in Deutschland das Risiko, an einer im Krankenhaus erworbenen Infektion zu sterben um ein vielfaches höher, als im Straßenverkehr tödlich zu verunglücken. Bei Einhaltung der bekannten Hygieneregeln ließen sich aber viele Infektionen vermeiden. Zudem ist der Anteil an resistenten Erregern in den zurückliegenden Jahren gestiegen und stagniert auf hohem Niveau. Für die Zukunft können wir eine weitere Zunahme nicht ausschließen. Die Ursachen der zunehmenden Resistenzentwicklung vieler Krankheitserreger liegen neben einem unterschiedlichen Hygienemanagement auch in einer unkritischen Antibiotika-Verabreichung. Mit der jetzt vorgesehenen Änderung im Infektionsschutzgesetz soll dieser Entwicklung entgegen getreten werden.